landhilfe zu sprechen. Im Protokoll der Sitzung machten sie ihrem Unmut über die Schlafmützigkeit der Bundesregierung Luft – Fazit: „Der Bund bewegt sich nicht." Die Länder und die privaten Hilfsorganisationen müssen nun die Probleme weitgehend ohne Bonner Hilfe lösen.

Es fehlt zum Beispiel an Benzin. In Not sind vor allem Millionen von Alten und Kranken, die sich ihre Rationen nicht in den Lagerhallen abholen können und daher beliefert werden müssen. Der Hamburger Arbeiter-Samariter-Bund will jetzt in Spezial-Containern Sprit nach St. Petersburg bringen.

Rund 10 000 Pakete haben die Hamburger Samariter bisher im ehemaligen Leningrad verteilen können. Aber noch rund 30 000 liegen im Hafen fest. Es habe keinen Sinn, tonnenweise Lebensmittel zu liefern, „ohne gleichzeitig die Rahmenbedingungen zu verbessern", meint Rolf Ewen von der Hilfsorganisation Care.

Die Verteilungsmängel haben die Spendenbereitschaft in Deutschland bereits spürbar gebremst. Im vergangenen Jahr hatten zum Beispiel die *Stuttgarter Nachrichten* für Moskau und St. Petersburg gesammelt. Doch die Zeitung „wartet in diesem Jahr bewußt ab", bevor sie eine neue Aktion startet, sagt der zuständige Chef vom Dienst Hartmut Paeffgen: „Wir wissen, daß genügend Lebensmittelpakete in der Stadt sind, die werden jedoch nicht verteilt."

Untätig bleiben in diesem Winter, im Gegensatz zu ARD und *Bild*, auch das ZDF und der *Stern*. Seit Ende 1990 hatten beide mit ihrer Aktion „Helft Rußland" binnen weniger Wochen rund 140 Millionen Mark zusammengetrommelt.

Doch die Begeisterung wich, als im Juni bekannt wurde, daß ein halbes Jahr nach den dramatischen Hilfsappellen noch 100 Millionen Spenden-Mark auf deutschen Konten festlagen und den beschenkten Helfern stattliche Zinsen brachten (SPIEGEL 24/1991). *Stern*-Chefredakteur Rolf Schmidt-Holtz bedauert die „zeitliche Verschleppung", findet es aber „wahnsinnig schwer, soviel Geld richtig auszugeben".

Je gezielter und überschaubarer eine Aktion angelegt ist, desto größer ist die Chance, daß die Hilfe tatsächlich und auch zeitig eintrifft. „Schickt keine Hilfe, bringt sie", zitierte die *New York Times* kürzlich Moskauer Bürger.

Hunderte kleiner Gruppen leisten bescheidene, aber wirksame Hilfe – zum Beispiel die Feuerwehr im bayerischen Regensburg. Vier Hilfstransporte mit Lebensmitteln und medizinischen Gütern haben die Feuerwehrleute selber in die Partnerstadt Odessa gebracht.

„Das ist eine Katastrophe in der Kinderklinik", meint Organisator Hans Heinersdorfer, 53, „da gibt es keine Spritzen, keinen Hustensaft, gar nix." Im März geht der nächste Treck ab: Heinersdorfer mobilisiert die freiwilligen Wehren in ganz Bayern und fährt dann mit etwa 13 Wagen rüber. „Das geht von Haus zu Haus, alles ganz persönlich", sagt er.



Verhaftete Schieber (in Moskau)
Ohne Schmerz vom Espresso getrennt

Auch in den neuen Bundesländern finden sich tatkräftige Helfer. Die thüringische „Gesellschaft für Freundschaft mit den Völkern der UdSSR" etwa will noch diesen Monat drei Lastwagen vollpacken und nach St. Petersburg schikken. Unklar ist allerdings noch, wer den Transport begleiten soll.

„Ungeschützt, so hat uns das Konsulat in Leipzig gewarnt, hat es keinen Zweck mehr", sagt Olga Mohs, Mitarbeiterin der Gesellschaft, „da kommt nichts an." Von Freunden in thüringischen Garnisonen hat sie gehört, daß selbst Container mit Umzugskisten der abziehenden Sowjet-Soldaten ausgeräumt werden: „Die werden verplombt losgeschickt und kommen verplombt an – leer."

Anders als die Bürokraten in Bonn und Brüssel haben viele Praktiker längst gemerkt, daß die Beteiligung russischer Behörden die Schwundrate in die Höhe treibt. „Wir nehmen die Verteilung selbständig in die Hand", sagt Günter Hölter, Leiter der Auslandsabteilung des Deutschen Caritasverbandes. Die Organisation über russische Ämter sei „schlichtweg inakzeptabel".

Die Helfer müßten in jedem Fall darauf bestehen, selber die Hilfe zu verteilen, empfiehlt auch Lübbo Roewer vom Roten Kreuz in Mainz: „Notfalls den Wagen wenden und wieder zurückfahren."

Im Kinderheim Berijoska in Kiew kam reichlich Hilfe an. In den Lagerräumen stapeln sich Spenden von Caritas und Rotem Kreuz – Trockenmilchpulver, Kartoffelpüree, Kinderbrei: „Das Heim ist wie die gelobte Insel", sagt Heimleiter Alexander Tawolschan.

Ein paar hundert Meter weiter herrscht der kümmerliche Alltag: Auf dem Markt ist Buchweizen eingetroffen, das Kilo für 25 Rubel; ein paar sündhaft teure Äpfel sind da und vergammelte Zwiebeln.

Rußland, so wird da deutlich, braucht nicht nur milde Gaben, sondern professionell organisierte Entwicklungshilfe. „Wenn ihr wollt, daß wir es allein schaffen", sinniert Tawolschan, „dann bringt uns das Netz und nicht die Fische."

Terrorismus

Nur hinderlich

Wende in der Antiterror-Politik: Neuerdings läßt der Staat mit sich reden.

Der Bonner Justizminister Klaus Kinkel, 55, wollte sich der vielen Lauscher und Mitwisser entledigen. Mit seinen Ressortkollegen aus den Ländern hatte er über das Chaos in der wiedervereinten deutschen Rechtspflege debattiert, dann wurden Staatssekretäre, Beamte und Referenten vom Fortgang der Beratungen ausgeschlossen.

„In ganz kleinem Kreis", erinnert sich ein Teilnehmer an die Justizministerkonferenz vom Juni vorigen Jahres in Berlin, habe Kinkel Vorschläge entwikkelt, die steinernen Fronten zwischen Roter Armee Fraktion (RAF) und Staat nach 21 Jahren Terrorismus aufzuweichen. Erster Schritt: Eine Reihe lang-

jährig inhaftierter RAF-Täter, einige krank oder geschwächt, andere ohnehin fällig für die gesetzlich vorgeschriebene Haftüberprüfung, sollten vorzeitig die Knäste verlassen können.

Daß Kinkel seine Lieblingsidee nur wenige Wochen nach dem tödlichen Anschlag auf den damaligen Treuhandchef Detlev Karsten Rohwedder aufwärmte, war kein Zufall. Der Freidemokrat, der seit seinen Mühen als Vermittler beim zehnten Hungerstreik der inhaftierten Terroristen 1989 mit den krausen Strategien der RAF besser vertraut ist als die meisten Bonner Politiker, hatte sich schwere Vorwürfe von Spitzenvertretern der Wirtschaft anhören müssen.

Viele Topleute wie der MTU-Chef Ernst Zimmermann (1985), der Siemens-Manager Karl-Heinz Beckurts (1986), der Deutschbankier Alfred Herrhausen (1989) und nun Rohwedder seien Opfer der RAF geworden, ohne daß die Fahndung auch nur den geringsten Erfolg zeitige.

Furcht gehe um in den Vorstandsetagen, klagten die Industriellen, für Spitzenjobs seien kaum noch gute Kräfte zu gewinnen. Und manche, wie der Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl, hätten ihre Positionen aufgegeben, weil Familienangehörige die Last der Angst nicht länger tragen wollten. Es sei nun an der Zeit, verlangten die Emissäre, die Lage zu „kalmieren". Ein nordrhein-westfälischer Sicherheitspolitiker salopp: „Denen ging die Muffe 1 : 1000."

Ausgerechnet die Wirtschaftskapitäne, sonst zusammen mit den Unionsparteien Verfechter unerbittlicher Härte, haben mit ihrem Vorstoß zu einer Wende in der Sicherheitspolitik beigetragen. Die liberalen Pragmatiker, auf entspannungsfördernde Offerten an die RAF und ihren Anhang aus, obsiegen in den Justiz- und Sicherheitsbehörden derzeit über die Betonköpfe – der Staat läßt neuerdings mit sich reden.

So setzte sich Kinkel vorige Woche in einem Koalitionsgespräch mit seinem Plan durch, für mindestens sieben, womöglich sogar zehn RAF-Häftlinge dieses Jahr eine vorzeitige Entlassung einzufädeln:

- ▷ Christine Kuby, 35, Irmgard Möller, 44, Bernhard Rößner, 45, Günter Sonnenberg, 37, und Lutz Taufer, 47, verbüßen lebenslange Freiheitsstrafen und sitzen bereits bis zu 20 Jahre in Haft, unter anderem wegen Bombenanschlägen, wegen des Überfalls auf die deutsche Botschaft in Stockholm 1975 oder wegen mehreren Mordversuchen an Polizisten;
- ▷ Claudia Wannersdorfer, 30, verurteilt zu acht Jahren Haft wegen eines Sprengstoffanschlags in Stuttgart-Vaihingen 1985, und Karl-Friedrich Grosser, 35, verurteilt zu neuneinhalb Jahren Haft wegen eines Überfalls auf zwei Geldbotinnen 1985, haben jeweils zwei Drittel der Strafe hinter sich;
- ▷ die Lebenslänglichen Knut Folkerts, 40, Stefan Wisniewski, 38, und Hanna Krabbe, 46, allesamt seit mindestens 13 Jahren unter anderem wegen Beteiligung an der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer 1977 oder an dem Stockholmer Überfall inhaftiert, wurden vorige Woche von Sicherheitsexperten in Bonn ebenfalls als Kandidaten genannt.



Demo für RAF-Häftlinge*: Den Weg leicht machen

Eine solche Massenentlassung, möglich aufgrund der Paragraphen 57 und 57a des Strafgesetzbuches über die Aussetzung von Strafresten zur Bewährung, wäre beispiellos in der blutigen Geschichte des deutschen Terrorismus. Da dieses Jahr ohnehin die Delinquentinnen Christa Eckes, 41, und Gabriele Rollnik, 41, ihre Strafen regulär verbüßt haben, könnte die Zahl der rund 40 RAF-Knackis auf einen Schlag um fast ein Drittel sinken.

Übrig bliebe ein kleiner Kern um die sturen strategischen Köpfe Brigitte Mohnhaupt, 42, Christian Klar, 39, Helmut Pohl, 48, und Eva Haule-Frimpong, 38. Eine bisher heftig umstrittene Zusammenlegung in eine oder zwei Gruppen wäre dann leichter durchzusetzen: Einstieg in den Ausstieg aus der Dauerkonfrontation.

Dahinter steckt ein Kalkül, das von liberalen Justizpolitikern sowie Fahndern und sogar Verfassungsschützern seit Jahren propagiert wird. Kurzer Nenner, so Kinkel in der Koalitionsrunde: „Ohne Haftsituation keine RAF mehr."

Protestaktionen gegen den früher praktizierten inhumanen Strafvollzug in den berüchtigten toten Trakten („Isolation ist Mord") trieben der RAF jahrelang immer neue Untergrundkämpfer zu, aus Hilfsgruppen für Häftlinge kommen bis heute frische Rekruten.

Hamburgs langjähriger Verfassungsschützer Christian Lochte, voriges Jahr einem Herzinfarkt erlegen, forderte deshalb zum Verdruß seiner Parteifreunde, wie die Inhaftierten selbst, immer wieder die Zusammenlegung der RAF-Häftlinge in großen Gruppen. Den Terroristen und ihren Sympathisanten müsse das Thema Haftbedingungen genommen werden, „das ist so eine Art Lebensader der RAF".

Solchen Erkenntnissen will sich Generalbundesanwalt Alexander von Stahl, 53, nicht mehr verschließen. Kinkels Parteifreund, der bisher eher als hartleibig galt, hatte noch im Mai letzten Jahres nach diversen Zellenrazzien sogar die RAF-Kleingruppen von drei bis vier Häftlingen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen oder Schleswig-Holstein in Frage gestellt. Nun aber ist auch Stahl mit von der Partie.

Über die vorzeitige Entlassung von Häftlingen, nach Verbüßung von zwei Dritteln einer Zeitstrafe oder mindestens 15 Jahren bei Lebenslang, müssen die zuständigen Gerichte entscheiden. Zu würdigen sind dabei die Persönlichkeit des Verurteilten und eine Prognose, ob der Delinquent aller Voraussicht nach ein straffreies Leben führen wird.

Zudem muß das Gericht prüfen, ob bei lebenslang Verurteilten die Schwere der Schuld nicht ohnehin eine Freilassung verbietet. In solchen Fällen galt bei

* Im September 1989, Rednerin ist die Mutter der Inhaftierten Adelheid Schulz.

den Juristen bisher die Faustregel, daß eine Strafaussetzung dann nicht in Frage kommt, wenn dem Täter zwei oder mehr Tötungsdelikte zur Last gelegt werden. Nach diesem Maßstab wären etwa die Häftlinge Taufer, Möller, Rößner, Wisniewski, Folkerts und Krabbe schon aus dem Geschäft.

Doch es kommt wahrscheinlich anders. Die Justizbehörden gehen mittlerweile davon aus, daß der Generalbundesanwalt ein Zeichen setzen wird. In fast allen Prozessen ist seine Behörde als Ankläger aufgetreten; sie darf daher in den Haftprüfungsverfahren ein Votum abgeben – und das, so lassen erste Gespräche erkennen, wird in den meisten Fällen positiv ausfallen. „Die Haltung des Generalbundesanwalts", kommentiert ein Justizbeamter, „wird bei den Gerichten sicher Wirkung zeigen."

Die Kritiker des Kinkel-Plans wie Bayerns Innenminister Edmund Stoiber („unverantwortlich") oder der CDU-Innenpolitiker Johannes Gerster („Erpreßbarkeit des Staates"), bisher an Unterstützung durch die Unionsspitzen gewöhnt, sehen sich nun plötzlich einer starken Koalition gegenüber.

Die Vorschläge des Justizministers waren nicht nur mit Kanzler Helmut Kohl und CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble vorbesprochen. Sie sind auch in der letztes Jahr gegründeten Koordinierungsgruppe Terrorismus-Bekämpfung mit Bundeskriminalamt, Bundesamt für Verfassungsschutz und Bundesanwaltschaft abgestimmt worden.

Während sich die Bayern vorige Woche gegen jede vorzeitige Entlassung wandten, liefen längst Gespräche zwischen Justizbehörden und RAF-Anwälten. Damit soll sondiert werden, ob wenigstens einige der Häftlinge, die sich bisher allesamt nicht erklärtermaßen von der RAF gelöst haben, bereit sind, vor einer vorzeitigen Entlassung der Gewalt abzuschwören.

Vorige Woche ergab sich noch kein klares Bild. Kinkel: „Wir sind erst drin in diesem Prozeß, darüber wird mit den Anwälten gesprochen."

Die Beamten sind in einigen Fällen optimistisch. So habe der in Celle inhaftierte Taufer in internen Aufzeichnungen bekannt: „Wenn ich hier rauskomme, ist der bewaffnete Kampf kein Thema mehr." Und noch wichtiger für die Staatsschützer war seine Einsicht: „Für die Guerilla bin ich nur hinderlich."

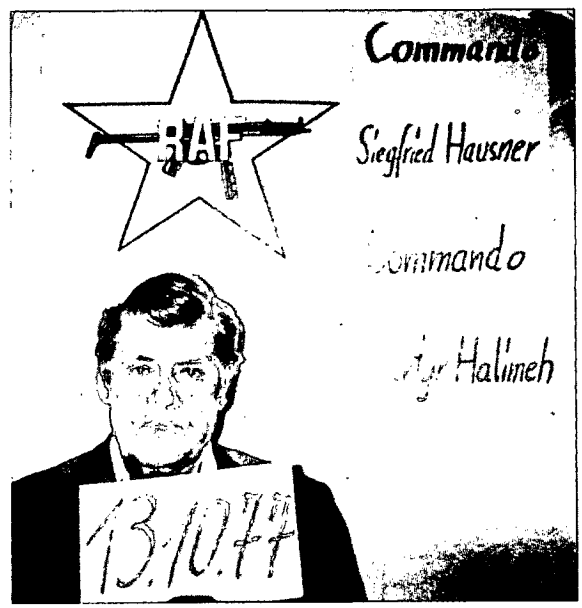
Verkehrte Welt: Während der liberale Justizminister und seine Bundesgenossen in der Koalition wenigstens eine Distanzierung der Häftlinge von ihren eigenen Taten verlangen, sorgen sich Fahnder einfühlsam um die Psyche der Delinquenten. Es müsse alles versucht werden, so einer der Terrorismus-Experten, den Häftlingen „den Weg leicht zu machen". Es sei „sinnlos", ein öffentliches Abschwören zu verlangen. Der Beamte: „Die Betreffenden müssen, wenn sie wollen, ihre ‚revolutionäre Identität' behalten können."

Glückt dem Freidemokraten Kinkel die Wende in der Terrorismus-Politik, dann sollen auch neue Versuche zu einem direkten Dialog mit den inhaftierten Köpfen der RAF folgen. Einige Justizminister diskutieren bereits, ob nicht eine Forderung aus der Zeit des letzten Hungerstreiks aufgenommen werden soll: Danach könnten einmal oder mehrfach im Jahr Teile der reduzierten Knast-Riege in einem Gefängnis zum Gedankenaustausch untereinander oder mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen zusammengeführt werden.

Zum Entsetzen seiner konservativen Koalitionspartner nahm Kinkel vorletztes Wochenende, auf dem Stuttgarter Dreikönigstreffen der FDP, sogar das bisher verpönte Wort von der „Versöhnung" mit terroristischen Tätern in den Mund. Die Freidemokraten, tönte der Christsoziale Stoiber, schienen allmählich „jedes Maß zu verlieren". Stuttgarts christdemokratischer Regierungschef Erwin Teufel, der bis April einen Wahlkampf durchzustehen hat, bescheinigte dem Bundesjustizminister eine „schwerwiegende rechtsstaatliche Verirrung".

Und auch Bundesgenosse Schäuble wollte da nicht mehr mitmachen: Der Rechtsstaat habe keinen Grund sich zu versöhnen, schließlich könne von beiderseitiger Schuld keine Rede sein.

Doch Kinkel will nichts zurücknehmen. Dem Strafrecht insgesamt, argumentierte er in der Koalitionsrunde vorige Woche, sei der Gedanke der Versöhnung „immanent", er habe den Begriff „ganz bewußt gewählt". Kinkel: „Der Staat ist nicht der ewige Rächer." ◄



Entführtes RAF-Opfer Schleyer 1977
Der Staat als ewiger Rächer?



RAF-Häftlinge Folkerts, Dellwo, Taufer*: Eine Art Lebensader

* Beim Hofgang im Celler Gefängnis.